

# Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 8. Juni 1932  
14. Jahrgang Nr. 132

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: Wochentl. 2 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,65 Wfl. + 50 Pf. Botenlohn = 2,15 Wfl. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Wfl. unter Streifenband 3 Wfl. Anzeigenpreis: Die gefaltete Zeile ober deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Vereinsangelegenheiten 6 Pf. Reklamapreis: Die gefaltete Zeile ober deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmeschluss in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 89. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Korrespondenz). Fernsprecher 430 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Verlagsanstalt: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 89.

12. Juni:

## Massenaufmarsch gegen Faschismus

Nazi planen nach Aufhebung des SM.-Verbots neue Terrorakte gegen die Arbeiterklasse / Tausende Arbeiter des Breslauer Westens demonstrieren gegen den faschistischen Mordterror / Sozialdemokratische Arbeiter reiht auch ihr euch ein in die antifaschistische Aktion / Schafft den proletarischen Masseneinsatz

Breslau, 8. Juni. In den nächsten Tagen soll das Scheinverbot der SM. durch die Regierung aufgehoben werden. In den letzten Wochen verging kein Tag, ohne dass nicht die SM. in Breslau die Arbeiterklasse provozierte und Überfälle gegen revolutionäre Arbeiter inszenierte.

Am gestrigen Abend zwischen 5 und 7 Uhr planten die SM.-Banditen einen Überfall auf die Arbeiterwohnungen im proletarischen Westen von Breslau. Nachdem diese Mitteilung revolutionären Arbeitern aus dem Westen bekannt wurde, wurde sofort der antifaschistische Masseneinsatz alarmiert. In kurzer Zeit waren mehrere Tausend Arbeiter, Frauen und Jugendlichte auf der Straße. Die Friedrich-Wilhelm-, Hilberbrandt- und Leuthenstraße waren schwarz von Menschen. Mehrere Tausend Arbeiter, Frauen und Jugendlichte demonstrieren durch die Passauer und Steinerer Straße. Die Demonstrierenden beherrschten unter den Rufen: „Nieder mit der Hungerregierung! Schluss mit der braunen Mordpest! Hinein in den roten Masseneinsatz!“ den proletarischen Westen. Die SM.-Banden wagten sich nicht auf die Straßen des Westens, um so brutaler ging die Polizei gegen die Arbeiter vor, ohne dass es ihr gelang, die Straßen von den Massen zu säubern.

Wie wir von zuverlässiger Quelle erfahren, soll am Tage der Aufhebung des Scheinverbots der SM. eine neue Provokation der Arbeiterklasse durch die Durchführung der Hitlerpartei erfolgen. Die Aufhebung dieses Scheinverbots soll ein Triumphzug für die Regierung der Junker, Chemie- und Waffenkönige und Generale werden. Man will die Arbeiterklasse einschüchtern und niederschlagen.

Auf diese Maßnahmen hat die Breslauer Arbeiterklasse schon am Montag durch ihre gewaltige Kundgebung der antifaschistischen Aktion die erste Antwort erteilt. Der gebildete antifaschistische Masseneinsatz von 1500 Proletariern ist ein Anfang des einheitlichen Kampfes aller Arbeiter gegen den faschistischen Mordterror. Angesichts der Aufhebung des SM.-Verbots muß die Arbeiterkraft in ganz Schlesien dem Beispiel der Breslauer Arbeiter folgen und darüber hinaus die antifaschistische Aktion in jedem Betrieb und an der Stempelstelle organisieren.

Wir sind davon überzeugt, dass auch die sozialdemokratischen Arbeiter, die Klassenossen im Reichsbanner und in den Gewerkschaften genau so wie die kommunistischen und KPD.-Arbeiter bereit sind, dafür zu sorgen, dass Breslau rot wird, dass die Straßen aller Arbeiterstädte und Wohngebiete in Schlesien nicht den faschistischen Mordbanditen, sondern der revolutionären Arbeiterklasse gehören.

Der Solidaritätstag am 12. Juni muß ein machtvoller Aufmarsch der Arbeiterklasse gegen den Faschismus werden!

Es muß schnell vom Wort zur Tat geschritten werden. Die Stunde erfordert von allen unteren Einheiten der revolutionären Or-

ganisationen, an die Zahlstellen der KPD., an die Reichsbanner- und Jungbannerguppen, an die Sektionen der Gewerkschaften und an die Ortsgruppen des Deutschen Freidenker-Verbandes heranzutreten.

Schlagt ihnen überall gemeinsame organisatorische Maßnahmen zur Durchsetzung der entscheidenden proletarischen Tagesforderungen vor: Fort mit der Regierung der Junker, Generale und Schwerindustrie! Nieder mit ihren neuen Steuern und ihrem Lohn- und Unterstützungsabbau! Bildung des roten Masseneinsatzes in Betrieben, Stempelstellen und Wohnvierteln! Verteidigung der Legalität der proletarischen Organisationen, Presse und Versammlungen! Heraus mit den antifaschistischen Kämpfern aus Zuchthäusern, Gefängnissen und Freizeiten!

Braun-Severing haben mit dem System der Unterdrückung proletarischer Organisationen, Zeitungen und Versammlungen begonnen. Schleich Popen setzen es fort. Weg mit dieser Regierung! Werft durch eure rote Einheitsfront den Ball auf gegen den Faschismus! Bedenkt es, daß eure faschistischen Feinde ohnmächtig zerplittern, wenn ihr Betriebe, Stempelstellen und Arbeiterviertel uneinnehmbar macht und dem SM.-Terror Einhalt gebietet!

Straße frei dem Proletariat! Entseht die proletarische Aktionskraft gegen die faschistische Reaktion!

sind völlig unzutreffend. Eine Verwendung von Truppenteilen des Reichsheeres (Artillerie oder Maschinengewehre) gegen die Erwerbslosen von Sagan hat nicht stattgefunden.

Wir stellen ausdrücklich fest, daß in dieser Verächtung die Tatsache, daß am fraglichen Tage in Sagan fremde Reichswehrformationen waren, nicht bestritten wird. Wir haben geschrieben: Angesichts der einmarschierenden Reichswehr wurde der Unterstützungsabbau vorgenommen. Allerdings, eine direkte Verwendung der Reichswehr hat nicht stattgefunden. Geschossen wurde noch nicht! Aber wer weiß, ob nicht bei der nächsten Gelegenheit geschossen wird? Das wäre ja nicht zum erstenmal in Deutschland! Durch obige Verächtung wird sich die Arbeiterklasse nicht über den wahren Charakter der Reichswehr hinwegtäuschen lassen.

Die Erwerbslosen von Sagan wissen am besten, daß die Platzkonzerte nur zur Ablenkung gegeben wurden. Sie werden alles daran setzen, um die Arbeiter der Betriebe ebenfalls zu mobilisieren, und jene Personen aus der Einheitsfrontbewegung ausschalten, die glauben, statt im Interesse der Arbeiterklasse im Interesse der „eisernen Hindenburg-Front“ mitmachen zu müssen.

### Kaditale Manöver der SPD.

F. D. Das Steigen des Widerstandes der Arbeiterklasse, der besonders seit den Freiwahlen im ganzen Reich und so auch im Bezirk Schlesien sichtbar geworden ist, ist im besonders starken Maße zu beweisen an dem Beispiel der Saganer Erwerbslosen. Es ist eines der ersten Beispiele in Schlesien für den wachsenden Angriffswillen des Proletariats, es ist eines der ersten Beispiele in der Herstellung der Einheitsfront mit den SPD., Reichsbanner, KPD. und parteilosen Arbeitern.

Mehrere Male haben die Saganer Erwerbslosen in großen Demonstrationen, in riesigen Kampfgebungen ihren Kampfeswillen zum Ausdruck gebracht. Mehrere Male haben die Erwerbslosen Sagan in gemeinsamer Front, ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit für ihre Forderungen demonstriert. Zweimal hat der Staatapparat es versucht, die Unterstützungsabläge abzubrechen, und zweimal ist dieser Angriff zurückgeschlagen worden. Das Saganer Beispiel war für viele Aktionen im Bezirk und im Reich der Ausgangspunkt, war ein Signal für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Wir laden deshalb als Kommunisten die Pflicht vor der gesamten Arbeiteröffentlichkeit die Lehren dieses Beispiels ernsthaft zu überprüfen. Nicht nur die KPD.-Genossen sollen an diesem Beispiel lernen, sondern mit ihr die gesamte Arbeiterklasse. Bis am 6. Mai sah wie ein Lauffeuer auf dem Arbeitsamt die Nachricht verbreitete, daß die Unterstützung erneut abgelehnt werden soll, was es kommunistische Arbeiter, die sofort die Erwerbslosen zum Widerstand aufrufen. In wenigen Stunden wurde eine riesige Erwerbslosen-Versammlung organisiert, wo die Forderungen, die der Erwerbslosenanschluß aufgestellt hatte, die begründete Zustimmung der gesamten Versammlung fanden. Diese vor aller Tagen mit Hilfe der kommunistischen Arbeiter organisierte Versammlung war der Auftakt zur Massenmobilisierung, sie war der Ausgangspunkt für den Druck auf den Staatapparat zur Weiterauszahlung der vollen Unterstützung für die Erwerbslosen zum zweiten Schlage an. Das Krasse war die Saganer Erwerbslosen war durch den letzten erwerbslosen Kampf stark geworden, die Massenbewegung war nicht mehr einzudämmen. Die Einheitsfront riefte zum zweiten Anmarsch. In diesem Moment rufen die SPD- und KPD.-Funktionäre von Sagan eine eigene Erwerbslosenabteilung, die von den Massen nicht beachtet, zu einem kläglichen Fiasko wurde. Die Einheitsfront steht unter Hüttel unter der Führung des Erwerbslosenanschluß, dessen beste Kräfte von kommunistischen Arbeitern gestellt werden. Der Masseneinfluß der SPD. und des KPD. ist durch den Kampf fast restlos liquidiert.

Der SPD-Ortsgruppenvorstand unter Führung Hoffmann begriff absolet die Situation. Sie hatten keinen Einfluß mehr bei den Massen. Sie wurden isoliert. Sie setzten deshalb, um ihren Einfluß zurückzugewinnen, ein großzügiges und radikales Manöver ein. Sie organisierten eine Sitzung, zu der sie die Vertreter der SPD. und auch der KPD. einluden. Die Funktionäre der kommunistischen Ortsgruppe in Sagan gehen in diese Sitzung, in der ein öffentliche Erwerbslosenversammlung des KPD. festgelegt wird. In

## Arbeitsdienstpflichtige beschließen Streik

Gegen die vorgezogene Kasernierung und Militarifizierung, gegen angekündigten Lohnraub!

In dem Arbeitsdienstpflichtlager der technischen Nothilfe in Gießmannsdorf herrscht eine ungeheure Erregung. Die dort beschäftigten Arbeiter und Jugendlichen sollen kaserniert und gemeinsam betätigt werden. Das bedeutet einen weiteren Schritt zur Militarifizierung. Damit in Verbindung soll die Entlohnung gekürzt werden.

Die Arbeitsdienstpflichtigen haben beschlossen, im Falle der Durchführung dieser Maßnahmen am 15. Juni geschlossen in den Streik zu treten.

Es wurde folgendes Schreiben an die Regierungsbehörde in Liegnitz geschickt:

Waldenburg, den 3. Juni 1932.

An die Regierung zu Liegnitz  
Abteilung für Domänen und Forsten.

Betrifft Technische Nothilfe  
Arbeitsdienstlager Gießmannsdorf.

Wir Unterzeichneten erheben schärfsten Protest gegen die vom Obmann Herrn Horstmann geplanten Maßnahmen gegen uns und verlangen die Bezahlung und Unterkunft wie es bisher gehandhabt worden ist.

Begründung:

Wir Unterzeichneten sind alle in den umliegenden Dörfern beschäftigt. Zur Arbeitsstelle bzw. Arbeitsdienstlager haben wir nur 1/2 bis 1 Stunde Wegstrecke zurückzulegen. Herr Obmann Horstmann will uns nun zwingen, im Arbeitsdienstlager zu betätigen und unterzubringen. Bisher haben wir uns selbst betätigt und wohnen bei den Eltern resp. führten einen eigenen Haushalt.

Es ist uns nun unverständlich, warum wir im Lager stationiert werden und Betätigung erhalten sollen. Wir setzen darin eine Gefährdung unserer Familie und einen Eingriff in unsere persönlichen Rechte. Sollte unserer Forderung und Verlangen nicht stattgegeben werden, daß wir uns zu Hause betätigen können, und den Lohn nicht mehr erhalten wie bisher, legen wir geschlossen die Arbeit zum 15. Juni nieder.

Unterschriften:

Willy Reil, Richard Alderhold, Richard Schön, Richard Caymann, Otto Glaser, Georg Reiber, Paul Ganschel, Richard Hünzel, Volkmut Wille, Martin Runge, Gerhard Schide, Erich Schrammel, Georg Malwald, Herbert Kemmer, Alois Scholz, Wilhelm Böhm.

Die Arbeitsdienstpflichtigen müssen über den Kampf gegen die Kasernierung hinaus für die tarifliche Bezahlung ihrer Arbeit kämpfen. Schafft im gesamten Arbeitsdienstlager eine einheitliche Front gegen die Militarifizierung, für tarifliche Entlohnung. Jungarbeiter, duldet nicht, daß ihr zu einer Armee im Rücken der tariflich entlohnenden Arbeiter, zu einer Kriegarmee gegen Sowjetrußland erzogen werdet!

### „Reichswehr gegen Erwerbslose von Sagan“

Eine Verächtung des Kommandeurs der 2. Kavallerie-Division

Auf Grund des § 11 des Pressengesetzes fordert uns der Generalmajor und Kommandeur der zweiten Kavallerie-Division auf, zu unserer Meldung vom 2. d. M. „Reichswehr gegen die Erwerbslosen von Sagan“ folgende Verächtung zu bringen:

„Die Saganer in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 4./5. Juni 1932



# SPD.-Kassendirektor Vogt ruft die Wende-Polizei

Erwerbslose werden auseinandergeschlagen — Reichsbannerarbeiter reißen ihre Kokarde ab und reihen sich in die Kampffront ein

**Nieder-Salzbrenn.** Die vom Reichsausschuß verordnete Kürzung der Wohlfahrtsunterstützungsätze ließ auch die Erwerbslosen von Nieder-Salzbrenn auf den Plan treten, um gegen diesen schändlichen Raub an den Kernstücken der Armen zu protestieren. Zu diesem Zweck fand eine überfüllte Erwerbslosenversammlung im Viehtrug statt. Die Versammlung forderte die sofortige Einberufung einer Sitzung der Gemeindevertretung und stellte folgende

## Forderungen

1. Der geplante 20prozentige Abzug wird nicht durchgeführt.
2. Die durch die Notverordnung entstandenen Mietserhöhungen übernimmt die Gemeinde auf die Dauer der Erwerbslosigkeit; Zwangsvermietungen werden verboten.
3. Die Gemeinde errichtet in jedem Ortsteil eine Volkstische unter Kontrolle der Erwerbslosen, in welcher jeder für sich und seine Familie ohne Abzug der Unterstützung ein Mittagessen unentgeltlich erhält.
4. Die Gemeinde führt die Kindererziehung in ausreichendem Maße durch.
5. Belieferung der Kinder Erwerbsloser mit Lehrmitteln unentgeltlich.
6. Ausgabe von Badefarten gratis an die Erwerbslosen.

Die dringlich einberufene Sitzung fand am Donnerstag, dem 2. Juni, statt. Der Gemeindevorsteher nahm Stellung zu den Forderungen, erkannte die Not und das Elend an, jammerte aber, nichts tun zu können aus finanziellen Gründen.

Die Vertreter der SPD. forderten ganz entschieden, zu handeln, da von dem immerwährenden Bestehen von der Finanznot die Erwerbslosen nicht satt werden, und beantragten, die gestellten Forderungen in der Vertretung zu beschließen. Sie gaben zugleich Vorschläge aller Art zur Deckung.

Wenn die Forderungen der Erwerbslosen beschlossen würden, erklärte der Gemeindevorsteher, müsse er als Staatsbeamter den Beschluß anhalten (!). Die SPD.-Fraktion sekundierte durch den Vertreter Hüptner dem Gemeindevorsteher. Vom Vorsteher wurde der Vorschlag gemacht, eine Kommission zu wählen unter Hinzuziehung des engeren Erwerbslosenausschusses, um Verhandlungen mit dem Landrat anzubahnen. Die SPD.-Vertreter verurteilten diese Manöver und bezeichneten sie als Verschleppungspolitik. Von den Zuhörern wurden berechtigte Rufe laut und der Gemeindevorsteher drohte mit dem „Hausrecht“. Daß die Kommunisten recht behalten haben, als sie die Manöver als Verschleppung bezeichneten, zeigte sich, daß bis Sonnabend zur Zahlung noch gar nichts unternommen war.

## Gemeindevorsteher ist abwesend

Der SPD.-Kassendirektor erklärt, die Vertreter haben nichts zu beschließen

Als eine halbe Stunde vor der Auszahlung durch den Erwerbslosenausschuß bekannt gemacht wurde, daß die gekürzten Sätze zur Auszahlung gelangen, erklärten die Erwerbslosen einmütig, diese Sätze nicht anzunehmen, da mit den alten Sätzen der Lebensunterhalt nicht einmal zu bestreiten sei. Eine Verhandlung löste die andere ab. Der Herr Gemeindevorsteher war abwesend, was für die Gemeindeglieder bereits keine Überraschung mehr bedeutet; bei derartigen Anlässen ist der Gemeindevorsteher nie zugegen oder — krank! Eine Kommissionssitzung unter Hinzuziehung der Gemeindevertretung um 16 Uhr hatte den Ansehen, die Angelegenheit zu klären. Ein Sturm der Entrüstung brach unter den Zuhörern aus über die Abwesenheit des Vorstehers und das Verhalten des Sozialdemokraten Vogt als Mandanten. In der Sitzung beantragte Genosse Großer, daß sich die erschienenen Vertreter hinter den stellvertretenden Gemeindevorsteher stellen, um den Mandanten zu veranlassen, die alten Sätze zur Auszahlung zu bringen. Als der stellvertretende Gemeindevorsteher und einige Vertreter in diesem Sinne bei der Kasse vorstellig wurden, fuhr der Sozialdemokrat Vogt aus dem Häuschen. Er erklärte: „Die Sitzung habe nichts zu beschließen, da sie nicht rechtmäßig einberufen sei.“ Die Geldschränke wurde wie wild zugeschlagen. Vogt raste und tobte und erklärte, nur die vorgeschriebenen Sätze ausbezahlen.

Mit Entrüstung und Enttäuschung nahmen die Erwerbslosen die Erklärung entgegen und betonten immer wieder, die neuen Sätze nicht anzunehmen.

## SPD.-Vogt alarmiert Polizei gegen die Arbeiter

Die Belagerung des Gemeindeamtes dauerte bis gegen Abend an. Dann alarmierte der saubere sozialdemokratische Mandant die Wende-

Polizei, um die Erwerbslosen sowie die anwesenden Vertreter aus den Räumen des Gemeindeamtes brutal herausprügeln zu lassen. Nicht genug damit; die Massen wurden von der Amtshausstraße abgedrängt auf die Hauptstraße, um dann mit dem Auto Gehjäger auf die Erwerbslosen zu unternehmen. Dabei wurden Frauen, Kinder, Invaliden und Kranke nicht verschont. Die Empörung steigerte sich gewaltig. Fünf Reichsbannerproleten rissen die Kokarde von den Mützen und trampelten sie in den Dreck mit dem Bemerkten: „Die versch... Gesellschaft soll uns am A... lecken!“

Gegen 20 Uhr, als die Schupo brutal gegen die Masse vorging, kam der Gemeindevorsteher mit dem Landrat per Auto vor das „Café Felsenstein“ gefahren. Die erregte Menge bereitete ihnen einen „guten“ Empfang. Sie veranlaßte den Landrat, die Polizei sofort abrücken zu lassen, was er auch unter dem Druck der Masse veranlaßte.

# „Betriebsstörungen“ auf dem Juliuschacht

**Waldburg.** Neben den Feierschichten und Bierhaus-Man, die für die Kameraden einen nicht unbedeutenden Lohnabbau bedeuten, scheint es sich die Betriebsleitung zur Aufgabe zu machen, durch „Betriebsstörungen“ das Einkommen der Stumpels noch besonders zu reduzieren. Einen Tag kommt die, den anderen Tag eine andere Abteilung dran. Wenn die Kameraden das Wort „Betriebsstörung“ hören, wissen sie, daß dahinter immer eine Schikane steckt. Schuld daran sind die Beamten, die auf ihrer Sucht nach Kohlen alle notwendigen Sicherheitsmaßnahmen an den Streben außer acht lassen. Herr Professor Brands, der durch seine unfähige Betriebsführung nach oben gefordert ist und sich jetzt Wirtschaftsinspektor nennt, trifft Anordnungen, die selbst den nächst höheren Beamten spanisch vorkommen. In der 11. und 12. Abteilung ist die Kohlenförderung am laufenden Band durchgeführt. Nachdem sich dieses Experiment nicht bewährt, ist die Folge, daß fast alle Wochen die Kameraden ein- oder zweimal um ihre Schicht gebracht werden. Entweder reißt das Band, oder es nimmt die Kohlen nicht auf, so daß die Stumpels nach Hause gehen müssen und der Hungerlohn dadurch noch weiter gekürzt wird. An dem Punkt, an dem das laufende Band vorbeigeht, stehen allerhand Beamte, die die hier arbeitenden Kameraden bis zur Verzweiflung antreiben. In den letzten Tagen ist es durch die rigorose Antreiberei zu zwei Unfällen gekommen, die sonst vermieden worden wären. Trotzdem sich die Sechsenbalden fürmen und 200 Kameraden hinausrationalliert wurden, bleibt aber das Soll des Abteilungsleiters daselbe. Die Folge davon ist wieder, daß zum Ausbau und zur Sicherung der Strecke keine Leute mehr übrig bleiben.

Auf das Konto „Jagd nach Kohlen“ ist der Zusammenbruch der 13. Abteilung des Juliuschachtes sowie der 6. Abteilung des Hans-Heinrich-Schachtes zu buchen. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu nicht zu Schaden kamen.

Hier dürfen die Kameraden nicht so ruhig zusehen. Fordert, daß danken, daß in beiden Fällen Menschenleben für diesen Hundelohn die Feierschichten, die durch das Verschulden der Verwaltung entstehen, voll bezahlt werden. Wählt euch Kampfausschüsse und kämpft geschlossen gegen die Antreiberei und die dadurch bestehende Unfallgefahr.

## Alles für den Sieg der Liste: „Proletarischer Schulkampf“

Trotz Sabotage gutbesuchte Elternversammlung

**Landeshut.** Die vom vorbereiteten Ausschuss der Liste „Proletarischer Schulkampf“ zu den Elternratswahlen einberufenen Elternversammlung war trotz Sabotage der reaktionären Lehrerschaft gut besucht. Zur Propagierung dieser Versammlung wurden nach den Schulstunden Handzettel an die Mütter verteilt. Herr Schulrat Holst wollte uns diese Art der Propagierung verbieten, indem er die Zettelverteiler von der Schule verwies. Er hat aber hierbei schlecht an und mußte erkennen, daß seine Macht nicht so weit ging. Da auf diese Art nichts zu erreichen war, verbot er einzelne reaktionäre Lehrer die Kinder aufzuheben, die Zettel nicht anzunehmen oder sie zu vernichten. Trotz dieser Sabotage konnte nicht verhindert werden, daß doch eine gutbesuchte Elternversammlung zustande kam und die Kandidaten der Liste „Proletarischer Schulkampf“ für die evangelische und katholische Volksschule I aufgestellt wurden.

Genosse Brückner sprach in ausführlicher Weise über die Notwendigkeit der Aufstellung eigener Listen gegenüber der Front der Nazi-, SPD- und christlich-unpolitischen Listen. Der verhassten Kulturreaktion, die ihren Ausdruck findet im Verbot des Verbandes

Trotzdem die Polizei verschwunden war, trat keine Ruhe ein, da die Masse nicht wollte, was geschehen soll. Frauen gaben dem Gemeindevorsteher ihre Mäntel in den Arm; „er solle sie mitnehmen, da die Arbeiter sie nicht ernähren können.“ Es gab eine nochmalige Verhandlung, in welcher der Gemeindevorsteher schriftlich erklärte, falls in einer am Montag stattfindenden Gemeindevertreterversammlung die fehlenden 500 Mark bewilligt werden, den alten Satz ausbezahlen.

Gegen 21 Uhr wurde die Unterstützung ausgezahlt, und um etwa 22 Uhr verließ der Kassendirektor Vogt unter Polizeischutz das Gemeindeamt. Allgemeines Gelächter, daß ein „Arbeiter-Vertreter“ unter Polizeischutz nach Hause begleitet wird.

## Schließt die rote Einheitsfront!

Die Solidaritätsfront wächst. Die werktätigen Massen stehen hinter den Forderungen der Erwerbslosen. Ein Beispiel sei hier nur erwähnt:

Der Erwerbslosenausschuß sammelte Unterschriften bei den Gewerbetreibenden, die sich mit den kämpfenden Erwerbslosen solidarisch erklärten. Die gesamte Geschäftswelt stellte sich hinter die Forderungen der Erwerbslosen durch Abgabe ihrer Unterschrift.

proletarischer Freidenker, der Anebelung der Presse, des Films, des Theaters usw., der sozialen Reaktion, des unerhörtsten Schulabbaues und der größten Unterdrückung der Werttätigen und der Proletarierkinder, gilt es unsere eigenen Listen, die Listen „Proletarischer Schulkampf“, entgegenzusetzen. Der Redner stellte die Kampfforderungen auf, welche die Grundlage einer ausgiebigen anschließenden Diskussion wurden, mit dem Ziel, durch weitere mündliche Diskussion die Arbeitereltern für diese Forderungen zu mobilisieren. Infolge guter Vorarbeit des vorbereitenden Ausschusses zu den Elternratswahlen konnte die Listenaufstellung schnell erfolgen.

Unter dem Kennwort „Proletarischer Schulkampf“ wurden an der evangelischen und katholischen Volksschule I Listen eingereicht. Nun gilt es, die kurze bis zum 12. Juni zur Verfügung stehende Zeit auszunutzen, mündliche Diskussionen auszulösen und eine weitere Eltern-

## Wir marschieren am 12. Juni, am Solidaritätstag, gegen Hunger und Krieg!

versammlung vorzubereiten, um unsere Kampfforderungen einem breiten Kreise der proletarischen Elternschaft bekannt zu geben. Darüber hinaus aber gilt es der vereinten Reaktion am 12. Juni die Dultung zu geben durch Abgabe des Stimmzettels für die Liste „Proletarischer Schulkampf“.

## Landarbeiter versagen ihren Führern die Gefolgschaft

**Abelsdorf.** Einen bösen Reizfall erlebte der Kreisleiter Oswald Menzel vom DVA. in seiner einstigen Hochburg Leifersdorf-Abelsdorf. Nach der großen mit Erfolg durchgeführten Landarbeiterversammlung in Abelsdorf durch die RWD, glaubte Herr Menzel die Niederlage seiner Lohnabbauorganisation in einer öffentlichen Versammlung vorige Woche Freitag in Leifersdorf wieder wett zu machen. Gut 30 Arbeiter waren zu dieser Versammlung erschienen. Als nun „Oswald der Starke“ bald merkte, daß unsere junge Gruppe der RWD. Abelsdorf sehr stark vertreten war, spielte er, wie immer, den starken Mann, und erklärte die öffentliche Versammlung für eine Mitgliederversammlung. Das war der Gipfel der Feigheit. Die RWD.-Kamraden protestierten dagegen, selbst langjährige Funktionäre des DVA. warfen, angewidert von den Provokateurstücken und der Feigheit ihres Vorgesetzten, diesem die Mitgliedsbücher vor die Füße. Menzel schien es auf eine planmäßige Provokation der anwesenden Arbeiter abgesehen zu haben, indem er von „in die Presse bauen“ sprach. Auf Grund dieser Absicht forderte ein Funktionär der RWD. Abelsdorf die Anwesenden auf, die Absichten des Menzel zu durchkreuzen und die Versammlung zu verlassen. Geschlossen wurde diese Parole durchgeführt und O. Menzel stand mit noch ganzen vier Getreuen allein auf weiter Flur.

Somit wurde die gedachte Abrechnung mit der RWD. zu einer Niederlage für O. Menzel. Die Mitglieder der RWD. und des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter aber werden nicht ruhen, sondern ihren Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Landarbeiter mit verstärkter Kraft vorwärts treiben. Wir begrüßen das mutige Auftreten der jungen Gruppe in Abelsdorf.

# Nun ist sie da,

die 3 1/2 Pfg.-Zigarette der Bulgaria.

Wir haben im stillen daran gearbeitet, in dieser Preislage eine Zigarette zu schaffen, besser als alle anderen und würdig den übrigen Sorten der Bulgaria.

Jetzt wissen Sie, welche 3 1/2 Pfg.-Zigarette für Sie in Frage kommt.

Jetzt haben Sie auch für 3 1/2 Pfg. den Genuß höchster Qualität.

**Bulgaria Sport**, die 3 1/2 der Bulgaria mit Spezial-Zubehör  
6 Zigaretten 20 Pfg.



# RUND UM DEN ERDBALL

## „Lieber ins Gefängnis als nach Templin“

Wie man zum Bürger des Dritten Reiches erzogen wird — Zöglinge werden zum Selbstmord getrieben

Templin, 7. Juni. Der Prozeß gegen die prügelnden Erzieher von Templin zieht sich ins Unendliche. Das Bestreben tritt hier klar zutage: Durch Eingehen auf möglichst viel Details das System selbst, das dort vorherrscht, zu vertuschen. Und doch, es gelingt dem Gericht nicht. Die vielen Einnahmen und Zeugenaussagen haben klar ergeben, daß der vor Gericht als Zeuge stehende Direktor Pastor Grüber der Hauptschuldige ist. Nicht nur waren ihm all die Prügelkesseln und die fürchterlichen Foltern, denen die Kinder ausgesetzt waren, bekannt, sondern er selbst hat hier die Hauptrolle gespielt. Er selbst hat bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit die Zöglinge in der fürchterlichsten Weise geprügelt. Und dabei bediente er sich der dümmsten Ausreden. Auf die Frage des Dr. Löwenthal: „Haben Sie dem Zögling die Haare kurz gelassen?“ antwortet er: „Das war eine sanitäre Maßnahme“.

Oder: „Haben Sie dem Jungen John nach seinem Selbstmordversuch geschlagen?“

„Geschlagen nicht, nur geschüttelt.“

„Haben Sie den Jungen Steuer, weil er nicht schnell genug Ihrem Antuz folgte, gepöckelt und trotz seines schlimmen Fußes über den Hof geschleift?“

„Ich nenne das nicht schleifen, sondern ziehen.“

Also, einem Jungen gegen seinen Willen das Haar schneiden ist eine „sanitäre Maßnahme“. Schlagen wird in Schütteln umgetauft, schleifen eines kranken Kindes heißt ziehen. Ein Junge greift zum Selbstmord. Gewiß nicht aus Veranlassung. Was aber tut der fromme Pastor und Direktor der Erziehungsanstalt? Er „schüttelt“ den Jungen. Die Jungen in Arrest zu stecken, war verboten. Aber der fromme Mann, der ja begeisterter Anhänger des „Dritten Reichs“ ist, schafft sich Rat: „Arrest war verboten, so erklärte er; deshalb haben wir es Isolierung genannt.“

### Zwei Todesopfer

Am heutigen Tage erfuhr man auch, daß dieses Erziehungsheim bereits zwei Todesopfer geordert hat. Der Junge Brodnow hat sich erhängt und der Junge Meinede tötete sich und hinterließ einen Brief, in dem er darauf hinwies, daß er diese Behandlung und dieses Leben in der evangelischen Erziehungsanstalt nicht länger ertrage. Was unternahm der Herr Direktor und Pastor Grüber gegen diese Zustände? Er erklärt: „Hysterie und Geltungsdrang“. Warum also begehen Jungen in einer Erziehungsanstalt Selbstmord? Nach der Meinung des frommen Direktors ist es sehr einfach. Aus Hysterie und Geltungsdrang. Bezeichnend ist hier noch folgendes: Als Verteidiger der Angeklagten und Anwalt des Direktors fungiert der Nazirechtsanwalt Sad.

Zum Schluß der heutigen Verhandlung spielte sich noch folgende Szene ab: Der Fühlorgeszögling Winkler wird verhört. Es ist der Zögling, den der Erzieher Frank mit einem Schlüsselbund geschlagen hat. Noch ist die Narbe auf seinem Ohr sichtbar. Winkler ist ein zwanzigjähriger magerer Junge. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärt er:

„Ich gehe lieber ins Gefängnis als zurück in die Erziehungsanstalt. Denn Schlimmeres als diese Erziehungsanstalt kann ich mir nicht vorstellen.“

Aus dieser Verhandlung erfuhr man noch, daß den Zöglingen der Besuch jeder Versammlung und Veranstaltung, mit Ausnahme von Naziveranstaltungen, verboten war. Ja, sie wurden sogar angehalten, Naziveranstaltungen zu besuchen. Kurz, das Erziehungsheim in Templin, das unter Leitung frommer Pastoren und unter Aufsicht sozialdemokratischer Stadträte stand, war eine richtige Erziehungsanstalt des Dritten Reiches.



In einigen Tagen beginnt in Wien der Prozeß gegen den Eisenbahntäter Sylvester Matuska.

### Schnellzug Warna—Sofia verunglückt

Sofia, 6. Juni. Der Schnellzug Warna—Sofia fuhr am Montagmittag in der Station Michalki bei Terno auf einen rangierenden Güterzug auf. Bei dem Zusammenstoß wurden 7 Personen schwer und 20 leicht verletzt. Fünf Waggons sind vollkommen zerstört. Die Schuld liegt bei dem Stationsvorsteher von Michalki, der vergessen hatte, das Einfahrtssignal für den Schnellzug auf Halt zu stellen.

### Flugzeugabsturz

Bier Tote

Paris, 7. Juni. Ein mit vier Personen besetzter Flugzeug ist bei der Landung auf dem Flugplatz von Vuzang aus geringer Höhe abgestürzt. Sämtliche vier Insassen kamen ums Leben. Unter den Verunglückten waren zwei Kommissare und ein Journalist, die den Frankreich-Mundflug der französischen Touristenflugzeuge verfolgten. In Avignon wollten sie ankündigen, daß die vorgesehene Zwischenlandung der am Mundflug teilnehmenden Apparate nicht stattfinden wird.

### Spiegel der Ereignisse

Menschenmaterial wird angeboten

In einer ungarischen Zeitung befindet sich folgendes Inserat: „500 Landarbeiter werden unter äußerst günstigen Bedingungen für ein Gut, für die gesamte Saison angeboten. Gefordert wird Verpflegung, die Bahnspesen nach dem Bestimmungsort und die Provision für den Vermittler.“

Modernere Sklavenhandel könnte man sagen. 500 Sklaven werden angeboten. Nur gegen Verpflegung und Vergütung der Reisekosten.

Wo? In Ungarn. Das — wird mancher sagen — kann natürlich nur in Ungarn vorkommen. Und bei uns? Bei uns ist so etwas nicht möglich. Aber bedeutet denn nicht dieses Inserat eine andere Form der von den Nazis und auch von der Sozialdemokratie so gepriesenen Arbeitsdienstplicht? Ja, das ist die Dienstplicht in Reinkultur. Das will man jetzt auch in Deutschland einführen.

Es war ein Irrtum

In einer jugoslawischen Ortschaft an der dalmatinischen Küste ereignete sich ein Zwischenfall, der, wie sich dann herausstellte, einem Irrtum zu verdanken war. 90 Prozent der Bewohner dieser Ortschaft bestehen aus Arbeitslosen. Jemand hat der eine der Arbeitslosen gehört, daß in der nächsten Stadt ein neuer Großbetrieb eröffnet werden soll. Er kam in die Ortschaft und erzählte, was er gehört hat. Alle Bewohner interessierten sich für seine Bericht und wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht, daß in der nächsten Ortschaft ein Großbetrieb eröffnet wird und damit Aussicht auf Arbeit und Brot bestehe.

Bald aber schritt die Gendarmerie ein und verhaftete den Arbeitslosen, der diese Nachricht verbreitet hatte. Er betraute — so sagte die Gendarmerie — bolschewistische Propaganda. Großbetriebe werden nur in Sowjetrußland eröffnet. Schließlich stellte sich heraus, daß diese Nachricht tatsächlich auf einem Irrtum beruhte. Ein Mistrosch an der Küste habe ihm von neu eröffneten Großbetrieben in der Sowjetunion erzählt; und der Arbeitslose glaubte, es handele sich um eine Neueröffnung in Jugoslawien. Er wird sich wegen bolschewistischer Propaganda zu verantworten haben.

### Zwillingsbrüder der Nazis



Bulgarische Faschisten bei der Arbeit „Köpfe rollen“

(Aus der N.S.)



### Der erste deutsche Schienenautobus

ist auf der Strecke Soltau—Amelinghausen im Hannoverschen eingestellt worden. Das Fahrzeug hat das Aussehen eines gewöhnlichen Ueberlandautobus, unterscheidet sich aber von diesem durch das Eisenbahnuntergestell und durch die Motoren, die so angeordnet sind, daß sie einer vorn und hinten sich am Wagen befindet. Der Omnibus hat 34 Sitz- und 15 Stehplätze und entwickelt eine Stundengeschwindigkeit von 45 Kilometer.

## Kind von einem Adler entführt

— und lebend geborgen

Soltau, 7. Juni. In Nitre (Namdal) war eine Familie mit ihrem vierjährigen Töchterchen zu einer Tauffeierlichkeit auf einem Bauernhof zu Besuch. Nachmittags hatte man sich ohne das Kind etwa zehn Minuten vom Hof entfernt. Als man zurückkam, war das Mädchen verschunden. Nach vier Stunden ergebnislosen Suchens wollte man schon alles aufgeben, bis einer der Bauern darauf hinwies, daß nachmittags zur Zeit, als man den Hof verlassen hatte, ein Adler über dem Gehöft schwebte.

Sofort ging man erneut auf die Suche und nach vielen Stunden fand man kurz vor Mitternacht das Kind in einem fast unzugänglichen Hochgebirgsmoor in der Nähe des Adlerhorstes. Da das Kind an einer sehr heißen Stelle aufgefunden wurde, nimmt man an, daß der Adler letzten Endes nicht die Kraft gehabt habe, das etwa 15 Kilo schwere Kind mit in seinen Horst zu schleppen. Das Kind war abgesehen von einigen Schrammen am Kopf unversehrt. Es erlitt, ein großer Waael habe es mitgenommen. Solche Fälle haben sich in Norwegen öfter ereignet, aber nie ist es den Adlern gelungen, die Beute in ihr Nest zu schleppen.

### In der Laube verbrannt

Geistesgegenwart eines Kindes

Berlin, 7. Juni. In Kampsdorf entstand heute nacht ein Feuerbrand, bei dem eine Frau 10 schwere Brandwunden erlitt. Doch sie kam nach ihrer Entloftung ins Krankenhaus verbracht. Die beiden Kinder der Frau, die ebenfalls in der Laube geschlafen hatten, konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Die Witwe Wilma Hanke aus der Stromstraße in Berlin war vor einigen Tagen nach Kampsdorf gefahren, um ihre dort wohnende verheiratete Schwester zu besuchen. In ihrer Begleitung befanden sich ihre beiden Töchter im Alter von zehn und acht Jahren. Da der Besuch im Hause der Verwandten keinen Platz mehr fand, wurden die Witwe und ihre Töchter in einer den Verwandten gehörenden Laube untergebracht, die allerdings nicht als Wohnlaube hauptsächlich abgenommen ist, sondern zur Aufbewahrung von Geräten dient.

Gegen Mitternacht bemerkte die älteste Tochter der Witwe plötzlich, daß das Bett ihrer Mutter Feuer gefangen hatte. Das Mädchen war aber geistesgegenwärtig genug, sofort einen Eimer mit Wasser herbeizuholen und die Mutter und das brennende Bett mit Wasser zu begießen. Gleichzeitig hatte sie ihre jüngere Schwester geweckt und sie ins Freie getrieben. Es gelang ihr aber nicht mehr, die Flammen zu löschen.

Auf ihre Hilferufe eilten die Verwandten und andere Nachbarn herbei und bemühten sich um die schwerverletzte Frau. Die Feuerwehre konnte das Feuer schnell löschen. Frau Hanke, die fürchterliche Brandwunden davongetragen hatte, wurde nach dem Reutländer Krankenhaus geschafft; sie ist dort kurz nach ihrer Entloftung verstorben.

### Der geheimnisvolle Fund bei Frankfurt aufgeklärt

Frankfurt a. M., 7. Juni. Die blutgetränkten Kleidungsstücke, die am Sonntag im Stadtwald gefunden wurden und die zu der Vermutung Anlaß gaben, daß ihr Eigentümer, der zwanzigjährige Alfred Wehman aus Springe bei Hannover, das Opfer eines Verbrechens geworden war, hat seine Aufklärung gefunden. Der Besitzer hat sich bei der Polizei gemeldet und gibt an, daß ihm keine Hinweise auf der Wanderung gestohlen worden sind. Woher die Kleidungsstücke kamen, konnte er nicht angeben. Man nimmt an, daß der Tod vielleicht in eine Schlägerei verwickelt gewesen ist und die blutgetränkten Kleider dann in Stroh gelassen hat.

### Männer sind häufiger krank als Frauen

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht eine sehr interessante Lebenserwartung aus dem Jahre 1930 auf Grund der Angaben von 100 Krankenkassen, die zusammen einen Bestand von 2 1/2 Millionen Mitglieder aufweisen. Von 1,1 Millionen Krankheitsfällen entfielen 740 000 auf Männer, 360 000 auf Frauen. Die große Differenz zwischen diesen beiden Zahlen erklärt sich allerdings zum Teil auch aus der Tatsache, daß weit mehr Frauen als Männer versichert waren. Immerhin entfielen auf je 1000 Frauen nur 407 Krankheitsfälle gegen 458 auf je 1000 Männer. Die Krankheitshäufigkeit ist in sämtlichen Altersklassen bei den Männern höher als bei den Frauen; besonders stark drückt sich dies in der Zeit nach dem 35. Lebensjahr aus.

### „Graf Zeppelin“ zu einer achtstündigen Fahrt gestartet

M. Friedrichshafen, 7. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ließ heute früh 1 Uhr zu einer kleineren Schweizer Fahrt unter Führung Kapitän Lehmann auf. An der Fahrt nahmen 16 Fahrgäste teil. Nach kurzer Zwischenlandung und nach Passagierwechsel startete das Luftschiff um 8.15 Uhr unter Führung Dr. Eckers zum zweiten Male mit 35 Fahrgästen an Bord. Diese Fahrt dauerte etwa acht Stunden und wird sich wahrscheinlich bis zum Genfer See erstrecken. Beide Fahrten sind von sonnigem Wetter begleitet.

# Breslau

Breslau, 8. Juni.

## Die billigen Haushaltsgegenstände am Wohlfahrtsamt oder der Preislenkungs-kommissar hat vergessen, die Preise zu senken

(Erwerbslosenkorrespondenz)

Unterzeichneter erhielt vor ungefähr vier Wochen auf seinen ge-  
stellten Antrag vom Wohlfahrtsamt für seine zehnjährige Tochter  
eine eiserne Bettstelle (Kaufhausbettstelle ohne Anlegeplatte)  
und ein Oberbett mit zwei Kopfkissen. Vor drei Wochen wurde ich  
gefragt, ob das Wohlfahrtsamt für diese Sachen 17,10 Mark in  
wöchentlichen Raten von einer Mark haben will. Nachdem ich nun auf  
die Bedenken 2 ging, um festzustellen, ob der Preis nicht zu hoch sei,  
wurde mir von dem betreffenden Buchhändlerbelegter erklärt, die  
Sache ginge ihm nichts an, das wäre Sache der Rechenstelle; nun ging  
ich auf die Rechenstelle. Dort wurde mir erklärt, das wäre nicht ihre  
Sache, das bearbeitet die Bedenkenstelle. So wird man nun hin und her  
gejagt und man erreicht nichts. Meine Unterstützung beträgt monat-  
lich 84 Mark für eine vierköpfige Familie, davon gehen noch 21 Mark  
Miete ab sowie einige alte Abzahlungen und die wöchentlichen eine  
Mark für die Bettstelle. Weibchen also die Woche zum Leben für eine  
vierköpfige Familie 12,90 Mark. Dafür sollen aber noch Bekleidung  
und Schuhwerk ergänzt werden. Auf der einen Seite wart man bei  
den Erwerbslosen, und auf der anderen Seite verlangt man von den  
Erwerbslosen für Sachen noch den doppelten Preis. Der Preis-  
lenkungs-kommissar Goebeler scheint bei der „Wohlfahrt“ vergessen  
zu haben, die Preise zu senken. U. Rajch, Paulstraße 21.

## Jungproleten, kämpft mit uns gegen Zwangs- kurse und Arbeitsdienstpflicht!

Wie der Sozialdemokrat Sollich von der Matthiasstraße 146 die  
Jungwerbslosen im Zwangskursus behandelt

Breslau. In der Tischlerei Matthiasstraße 146 finden einige  
Zwangskurse statt. Herr Sollich hat für das Arbeitsamt Räume zur  
Verfügung gestellt. Dort werden die Jungwerbslosen zu Arbeiten  
herangezogen, da werden u. a. Bretter gehobelt und gejägt. Die  
Kursusteilnehmer haben kein Interesse mehr für diese Arbeiten, des-  
halb forderten die Jungwerbslosen sofortige Aufhebung dieser  
Kurse. Ein Kollege vom Kampfausschuss sprach zu den Kursusteil-  
nehmern und forderte sie auf, solange zu kämpfen, bis alle Forde-  
rungen, die der Kampfausschuss aufgestellt hatte, restlos bewilligt sind.  
Gleich darauf kam der Kursuslehrer Brettschneider zu dem  
Kollegen und sagte ihm, er möchte sofort in sein Büro kommen. Hier  
waren anwesend Herr Wiedemann, Herr Brettschneider und Herr  
Sollich. Der Kollege fragte sofort, was hier los sei, worauf er die  
Antwort von Wiedemann erhielt: „Sie können gehen und  
brauchen am Kursus nicht teilzunehmen.“ Er gab  
dem Kollegen einen Zettel in die Hand mit folgendem Inhalt: „Sie  
werden mit sofortiger Wirkung aus dem Fortbildungslehrgang Nr. 75  
ausgeschlossen. Grund: Ungeeignet. Das Arbeitsamt, Wohlfahrts-  
amt erhält von diesem Beschluß Mitteilung.“

Der Kollege wollte dies den anderen Kursusteilnehmern berichten,  
gleich trat Herr Sollich ihm entgegen und sagte: „Machen Sie  
sich sofort, daß Sie hier rauskommen und halten Sie  
sich nicht die Kursusteilnehmer von der Arbeit ab,  
denn ich kann durch Sie keine Geschäfte machen.“  
Im selben Augenblick packte Sollich den Kollegen und wollte ihn die  
Treppe hinunterwerfen.

Arbeiter, Jungproleten von Breslau, so behandelt der sozialdemo-  
kratische Tischlermeister Sollich die Jungwerbslosen, die am

## Arbeitslose!

Erscheint in Massen zu der am Donnerstag, dem 9. Juni,  
um 14 Uhr, stattfindenden

Erwerbslosenversammlung im „Schiefwerder“.  
Thema: „Kommt Unterstützungskürzung trotz Stadtverordneten-  
beschlusses?“ — Untertitelbeitrag 5 Pfennig.

Der Erwerbslosenaussschuß von Groß-Breslau.

Zwangskursus teilnehmen. Jungarbeiter, kämpft gemeinsam mit  
dem SPD. und der KPD-Jugend, denn sie sind die einzigen, die  
die Interessen der wertvollen Jugend vertreten. Jetzt heißt es erst  
recht den Kampf zu organisieren gegen die Zwangskurse und Arbeits-  
dienstpflicht. Kämpft in geschlossener Front gegen den Lohn- und  
Unterstützungsraub, gegen die Militarisierung und Faschisierung der  
Jugend! Kämpft für den Sturz der Bourgeoisie im eigenen Lande,  
für ein freies sozialistisches Deutschland!

## Sowjetaufträge schaffen Brot

Der Hochwaldbetrieb der Juleinbütte der Vereinigten Oberhess-  
schen Hüttenwerke AG. Gleichig erhielt einen harten Anstoß durch die  
Ausführung der durch die Verbände heringekommenen Aufträge für  
Sowjetrußland. Im Schmiedewerk, das seit einer Reihe von  
Monaten mit der Herstellung von Kesseln ausreißend beschäftigt  
ist, wird nach deren Auslieferung von Mitte nächsten Monats ab eine  
entsprechende Einschränkung des Betriebes unvermeidlich sein. Der  
Aufbau des Sozialismus in Sowjetrußland gibt unzähligen deutschen  
Arbeitern Brot. Diese Tatsache wird viel zu wenig beachtet. Der oben-  
genannte Betrieb ist nur ein Bruchteil der vielen Werke, die sich nur  
noch durch Auftragsaufträge aufrecht erhalten können.

## Achtung, Ortsgruppen im UB. Breslau!

Sonnabend und Sonntag, den 11. und 12. Juni, Unterbezirks-  
konferenz in Breslau! Wo bleiben die Meldungen der Delegierten?  
Nehmt sofort dazu Stellung und wählt Delegierte. Sendet uns die  
Namen derselben ein, damit ihr Ausweise zugeandt bekommt! Keine  
Ortsgruppe ohne Delegierten!

Bezirksleitung Schlesien der Komm. Partei Deutschlands.

Genossen von West!

Erscheint am Donnerstag, den 9. Juni, 20 Uhr, zahlreich im  
Kafé Hoffmann, Pöpelwitzstraße, zur gemeinsamen Mitgliederver-  
sammlung der SPD. und KPD., sowie sämtlicher Massenorgani-  
sationen. Mitgliedsbücher mitbringen.

## Am 12. Juni: Solidaritätstag!

Alle Betriebe und Organisationen müssen ihn vorbereiten. — Keiner darf fehlen!

Auch im Breslauer Stadtparlament:

# Berschrärftc faschistische Diktatur- maßnahmen

Breslau. Morgen, Donnerstag, findet die Sitzung der Breslauer  
Stadtverordnetenversammlung statt, in welcher der Breslauer Haus-  
haltsplan endgültig angenommen werden soll. Der verschärftc  
faschistische Kurs, der heute in der „irreichten demokratischen Republik  
der Welt“ durch die Regierung von Faven, die Regierung der  
faschistischen Generale, der Junker und Großindustriellen geteuerert  
wird, wirkt sich auch in der Kommune Breslau aus. Noch in früheren  
Jahren war es üblich, daß die Haushaltsberatungen sich wochenlang  
hinzogen und daß dabei die Redner der bürgerlich-sozialdemokratischen  
Mehrheit vor „Arbeiterfeindschaft“ triesteten und mehr oder minder  
große Kredittilgungen vergaßen. Heute können sich die herrschende  
Klasse und ihre willfährigen Lakaien selbst solche billigen Maßnahmen  
nicht mehr erlauben. Die Vorgänge in der letzten Sitzung des Stadt-  
parlaments, wo unter dem Druck der werttätigen Massen die kom-  
munistischen Anträge auf Abschaffung des Polizeikostenzuschusses, auf  
Ermäßigung der Markthallengebühren, gegen den Lohnraub bei den  
Gemeinbediensteten usw. zur Annahme gelangten, haben den Herren  
„Stadtvätern“ einen gleichen Schrecken eingejagt. Die entsetzten Ge-  
müther sind noch nicht zur Ruhe gekommen, noch klingen ihnen die  
Ohren von den Rufcn der ausgehungerten Erwerbslosen:

„Wir haben Hunger! Gebt uns Arbeit und Brot!“

Und diese Rufe erklingen weiter, sogar in der „geheiligten“ Ban-  
meise unter den Augen der Polizei!

Deshalb floß auch der Haushaltsausschuß auf. Man sucht nun  
nach einem Ausweg: Am kommenden Donnerstag soll nun jede Be-  
ratung über den Haushaltsplan unterbunden, sollen die Anträge,  
welche die Kommunisten im Auftrage und im Interesse der wert-  
tätigen Bevölkerung Breslaus stellen, abgewürgt werden! So will  
man die Kommunisten, die einzigen Vertreter der werttätigen Be-  
völkerung Breslaus mundtot machen.

Und diese Geschichte ist wahrhaftig sorgfältig und gut eingefädelt.  
Ohne Hinzuziehung der kommunistischen Fraktion hat eine Be-  
sprechung aller Fraktionsführer, von den Deutschnationalen bis zur  
SPD., bei dem Oberbürgermeister stattgefunden, wo vereinbart  
worden ist, daß der deutschnationale Stadtverordnetenvorsteher Dr.  
Friedrich nachstehenden Dringlichkeitsantrag einbringen soll:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung verzichtet auf die Beratung  
der einzelnen Haushaltspläne und erklärt damit die laufende  
Nummer 6-50 der Tagesordnung für erledigt.

## SPD.- und Reichsbannerproleten kommen zur roten Einheitsfront

Breslau. Ein Arbeiter berichtet uns folgendes, über die am  
Montag im Zirkus Buid stattgefundene antifaßchistische Kampfver-  
sammlung:

In den Straßen um den Zirkus Buid merkte man die Anzeichen  
eines großen Ereignisses. Arbeiter, Arbeiterfrauen, Jugendliche eilten  
dem Versammlungsort entgegen. Aus dem Osten der Stadt kam  
eine Gruppe Arbeiter demonstrativ und geschloßen anmarschiert.  
Unter den Marschritten der Proleten drohte die Straße und  
erinnerte an die Parole: „Die Straße gehört dem Prole-  
tariat!“ Die Polizei schien in erhöhter Alarmbereitschaft. Nach  
lauten die Rufen durch die Straßen, und je näher man dem Zirkus  
Buid kam, desto mehr Menschen verließen den Durchgang zu den  
Straßen. Vor dem Zirkus-Gebäude war ein Dafen und ein Schießen,  
alles drängte sich dem Eingang zu. In den Gehäusen dieser Pro-  
leten konnte man bereits erkennen, daß sie nur alle den einen Ge-  
danken und den einen Wunsch hatten, jetzt entscheiden und mit aller  
Kraft die rote kämpfende Einheitsfront zu bilden. Und aus den  
bereits sich bildenden Diskussionsgruppen konnte man oftmals hören,  
daß die Arbeiter der SPD. und der KPD. die Aufgabe der roten  
Einheitsfront nicht nur im Kampf gegen den brennenden Werdterror,  
sondern die vornehmste Aufgabe der sich bildenden Einheitsfront im  
Kampf gegen den Lohnraub im Betrieb, gegen den Unterstützungs-  
raub an der Stempelkassette, gegen die Willkür der Unternehmerschaft  
und der Behörden, die die Requiranten der Stadthalten sind, sehen.  
Das bezeichnende des geitrigen Abends ist, daß eine große Anzahl  
sozialdemokratischer Arbeiter und Reichsbannerkameraden in der ein-  
heitlichen Front mit den SPD., KPD. und den parteilosen Arbeitern,  
Jungproleten und Arbeiterfrauen marschierten.

Vor dem Eingang zum Zirkus hörte ich folgendes Gespräch:  
Einem SPD.-Genossen rief ein Arbeiter zu: „Na, bist Du denn

2. Der Stadthaushaltsplan für 1932 wird in seinen sämtlichen  
Einzelhaushaltsplänen und in seiner Gesamtheit entsprechend  
der Magistratsvorlage endgültig festgesetzt.

Also, der Aufstand scheint wieder einmal gelungen. Nicht nur  
die Kommunisten sollen daran gehindert werden, weitere Anträge für  
die notleidende Breslauer Bevölkerung, für die Gemeinbediensteten und  
die Arbeitslosen, für die werttätigen Mieter, die Kleingärtner, Klein-  
gewerbetreibenden usw. zu stellen — man will mehr erreichen!  
Der Breslauer Hungeretat soll so angenommen  
werden, wie er vom Magistrat ursprünglich vor-  
gelegt worden ist. Auch alle die Anträge der Kommunisten, die  
bereits angenommen sind, sollen hierdurch wieder rückgängig gemacht  
werden!

So sieht der Parlamentarismus, die „Demokratie“, das  
„Mitbestimmungsrecht“ und die vielgerühmte „Selbstver-  
waltung der Kommunen“ in Wirklichkeit aus.

Jeder Arbeiter, jeder Werttätige wird hier deutlich erkennen  
daß durch dieses, von den gesamten Unternehmerparteien und ihren  
Lakaien durchgeführte demagogische Manöver, die herrschende Klasse  
selbst ihre eigenen Gesetze und Bestimmungen durchbricht, wenn es der  
Profit erfordert.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird ihr Mandat,  
welches sie von der werttätigen Bevölkerung bezieht, auch im Interesse  
dieser werttätigen Bevölkerung anwenden: Die Kommunisten werden  
mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln diese Pläne des Magi-  
strats und der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit, die einen  
weiteren Schritt auf dem Wege faschistischer Diktaturmethoden be-  
deuten, durchkreuzen. Die gesamte werttätige Bevölkerung Breslaus  
muß erkennen, daß der Kampf gegen Hunger und Elend, für Arbeit  
und Brot nicht im Parlament entschieden wird, sondern daß nur  
durch außerparlamentarische Massenkaktionen der Erwerbslosen, durch  
den Streik der Betriebsarbeiter gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen  
jede weitere Verelendung die neue Hungeroffensive abgewehrt werden  
kann.

Arbeiter! Werttätige! Schließt die kämpfende rote Einheitsfront  
im Betrieb und auf der Stempelkassette! Wegen die verschärftc Faschi-  
sierung heraus zur antifaßchistischen Aktion!

Alle Erwerbslosen: Am Donnerstag, am gleichen Tage, wo  
der Hungeretat durchgepeitscht werden soll: Heraus zu der wuch-  
tigen Erwerbslosenversammlung, die — einberufen von den  
überparteilichen Erwerbslosenaussschüssen — um 14 Uhr im  
großen Schiefwerderaal stattfindet.

henten nicht in der Diskussionsversammlung? Und prompt  
kam die Antwort: „Ne, die Versammlung ist mir hier  
wichtiger.“ Und als ein anderer dazwischenrief: „Morgen ist die  
eiserne Front hier, die wollen wahrscheinlich ihren Kopf abhacken“,  
da lachten die SPD.-Genossen mit über den alten Witz, über den sie  
noch vor wenigen Tagen in Erregung kamen, wenn sie demoties  
hörten.

Das ist mit ein Zeichen dafür, daß die Proleten des Reichs-  
banners und der SPD., die dasselbe Los wie wir zu tragen haben,  
die jedoch von den reformistischen Führern seit mehr als einem Jahr-  
zehnt bisher irregeführt wurden, endlich über ihre eigene Lage nach-  
zudenken beginnen, und daß auch bei ihnen der Kampfwillc wächst,  
mit der revolutionären Arbeiterkassette Schulter an Schulter gegen das  
Hungerelend, gegen die Regierung der Generale, gegen Faschismus  
und Werdterror in der antifaßchistischen Front den Kampf aufzu-  
nehmen.

## Wir wählen nur Liste „Proletarischer Schulkampf“

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Aus Kammergründen können wir erst heute nachstehende Notiz ver-  
öffentlichen:

Die am 25. Mai stattgefundene Elternversammlung Sammel-  
schule Polenerstraße sollte Stellung nehmen zu den Elternrats-  
wahlen. Rektor Kaufmann hat uns mitgeteilt, daß sich die Elternaufgaben  
im Rahmen des Geleges halten müssen. Auch dürfen laut Ministerial-  
beschlusse (!) politische Diskussionen nicht mehr stattfinden. Nach der  
Wahl des Wahlvorstandes kam aus dem Elternrat der Antrag, daß  
über die zwei Listen, die aufgestellt werden, gesprochen werden muß.  
Nach einem Vortrage der Liste „Schulkampf“ sprach eine Frau,  
aus den Elternkreisen, warum es notwendig ist, die Liste  
„Proletarischer Schulkampf“ aufzustellen. Darauf entstand eine große  
Debatte unter den Eltern, so daß sich Rektor Kaufmann erneut be-  
mühen mußte, zu erklären, politische Diskussionen dürfen nicht (!)  
stattfinden. Wir glauben ganz gerne, daß die Diskussionen dem „un-  
politischen“ Rektorkaufmann auf die Nerven fallen.

Die Klassenbewußte Arbeiterschaft wählt am Sonntag, dem  
12. Juni, nur die Liste mit dem Kennwort: „Proletarischer Schul-  
kampf.“

Mitteilische Gemeinde

Mittwoch, den 8. Juni, 20 Uhr, im Saale Grunitzstraße 14/16:  
Vortrag: „Der Kampf ums Dasein.“ Redner: E. Machel. Eintritt  
für Mitglieder frei! Gaste 20 Pfennig. Erwerbslose 10 Pfennig.

Sportnachrichten.

Dels. Am Freitag, den 10. Juni, 20 Uhr, findet die fällige  
Monatsversammlung des NSV. Pfan-Weiß, im Vereinslokal „Großer  
Kurfürst“, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Gaste will-  
kommen.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Postales: Fritz  
Doyne, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Gendrich,  
Berlin. — Für Anzeigen: Albert Galland, Breslau. — Verlag und Druck:  
Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

ROB  
REISE OHNE BARGELD  
MIT DEM REISEKREDITBRIEF  
DER SPARKASSEN  
Städt. Sparkasse zu Breslau

MATRATZEN-KINDERBETTEN  
METALLBETTEN  
Reier & Olowinsky  
HERRENSTR. 31. SCHWEIDN. STR. 10-11

# „Prawda“ zur Regierungskrise in Deutschland

In einem Artikel unter der Überschrift „Regierungskrise in Deutschland“ nimmt die „Prawda“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei der Sowjetunion, Stellung zum Sturz der Weimarer Regierung.

Ebenfalls gibt die „Prawda“ die voraussichtliche Bilanz der 20 Monate Regierungstätigkeit an, die charakterisiert wird durch das Scheitern der Erwerbslosenunterstützung, die durch den Abbruch der unteren Erwerbslosen von 68 auf 26 Prozent, durch den Unterbau der Löhne und den Abbau der Löhne um 30 Prozent, durch die Durchbrechung des Industriearbeiters mit Hilfe der Staatsapparate durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Der von Berlin wurde beauftragt, eine Regierung der nationalen Konzentration zu bilden, welche außerparlamentarisch, demokratisch, autoritär sein soll und welche im wesentlichen die Ziele der Weimarer Verfassung und der Weimarer Reichsverfassung unmittelbar durchzuführen soll. Die neue Regierung wird eine Regierung der Schwerindustrie sein, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

## Arbeiter, Frauen, Jugendliche, Werktätige

# Ihr sollt noch mehr hungern

„Eine Wohlhabenspolitik“ nennt die Regierungskrise in Deutschland die Politik der kapitalistischen Bourgeoisie, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

deren Programm eine noch unerreichte Verflüchtigung der werktätigen Massen Deutschlands enthalten ist.“

Die „Prawda“ entwickelt dann das Programm der Ausprägung der werktätigen Massen durch die neue Regierung: weiterer ungehemmter Abbau der Unterhaltung infolge der katastrophalen Finanzlage, Abbau der Löhne, Festsitzung der Kollektivverträge, wodurch die Lebenslage der deutschen Arbeiter auf das Niveau der Kolonialstaaten sinkt. Diese Maßnahmen zwingen die deutsche Bourgeoisie gegenwärtig, sich von der unmittelbaren Unterhaltung durch die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaften loszusagen und zur Unterbrechung der Massen an Stelle des Petrus als Hauptmethode den Terror als Hauptmethode zur Erreichung desselben Ziels anzuwenden.

Vom deutschen Proletariat hängt es in erster Linie ab, ob die deutsche Bourgeoisie diese Pläne durchführen kann. Die Ereignisse der letzten Tage und die Regierungsübernahme durch Papen und Schleicher zeigen wie niemals zuvor den Arbeitern den infamen Verrat der Sozialdemokratischen Partei und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie. Hindenburg, für dessen Wahl die SPD. ausrief, organisiert offen und „verfassungsmäßig“ eine faschistische Regierung und übergibt den Nationalsozialisten die Macht.

Unter diesen Umständen ist die Schaffung der Einheitsfront der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter zum Kampf gegen Faschismus und Reaktion, gegen Vorkriegs- und Vorkriegs- Erwerbslosenunterstützung mehr denn je möglich und notwendig.

Weiter geht die „Prawda“ auf die außenpolitischen Probleme der neuen Regierung ein, die nach Lausanne gehen muß, „um einen Platz an der kapitalistischen Sonne zu erreichen“. Aber die Lage der französischen Bourgeoisie ist nicht so, daß sie auf die Reparationszahlungen verzichten und Deutschland das Recht auf Aufrüstung einräumen könnte. Das Versäumnis der Lausanner Konferenz wird nicht durch irgendwelche Versicherungen, weder in Lausanne, noch in Genf oder Paris. Und ohne Beseitigung des Versaillesystems gibt es keine ernste Perspektive für einen neuen Aufstieg des kapitalistischen Deutschlands.

Die „Prawda“ weist dann darauf hin, daß die neue Regierung auch mit der nationalsozialistischen Welle rechnen muß, mit den Millionen, die nicht so sehr für Hitler, als gegen Frankreich und Polen sind.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

Die Weimarer Regierung, die sich auf die Sozialdemokratie stützte, kann nicht leugnen, daß sie von den neuen offenen Kämpfen der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staatsapparates durchzuführen, die durch die Unterbrechung der Erwerbslosenunterstützung und Steuern von 42 auf 22 Mark pro Woche, während auf der anderen Seite die Renten, Pensionen, Sozialversicherungen und die Renten Milliarden erhielten, die aus dem Abbau der Erwerbslosenunterstützung zufließen. Die „Prawda“ weist auf die Notwendigkeit hin, die deutsche Bourgeoisie notwendigerweise negative Ergebnisse der Lausanner Konferenz und dementsprechend die Ursachen für den Sturz der Weimarer Regierung zu untersuchen.

„Nur mit der Triebfeder der Dinge kann eine Idee... sind heute die Maßnahmen denkbar, welche die Wirtschaftslage unabwendbar macht... In solcher Lage ist es das historische Verdienst der nationalsozialistischen Bewegung, die Massen zur Hingabe an eine Idee ohne Rücksicht auf das eigene Ergehen gebracht... und sie damit zu Opfern und Entbehrungen fähig gemacht zu haben.“

Das ist zynische Offenheit. Die Rolle der Nazi-Partei besteht neben dem blutigen Terror gegen die Arbeiter in der Tat darin, den Werktätigen durch nationale und soziale Phrasen eine Hingabe an die „Idee“ vorzutäuschen und sie so im Interesse des Kapitals „zu Opfern und Entbehrungen fähig“ zu machen. Der Kampfwille der Arbeiter gegen die furchtbare Ausbeutung wird sich jedoch stärker erweisen, als die Schwindel-„Ideen“ der Nazis. Für jede einzelne Maßnahme der Papen-Schleicher-Diktatur trägt die Nazi-Partei die volle Verantwortung. Jede Kürzung der Erwerbslosenunterstützung, jeder Lohnabbau, jede sozialreaktionäre Anordnung Schleichers und Schäfers ist zugleich das niederträchtige Werk Hitlers und der Hitlerpartei, die zudem durch Demagogie, Streikbrucharbeit und Terror versuchen werden, die Gegenwehr der Arbeiter gegen die Ausbeuter zu behindern.

Ebenso verantwortlich sind die SPD- und ADGB-Führer, hinter deren Oppositionsgeschrei sich die Unterdrückung auch der Schleicher-Papen und die weitere Wegbereitung der offenen faschistischen Diktatur verbirgt. Welch eine lächerliche „Oppositions-„Komödie“, wenn z. B. der „Vorwärts“ gegenüber der Regierungserklärung behauptet, die Finanzen seien nicht zerrüttert. Die Arbeiter müssen diese unfehlbare Tatsache des kapitalistischen Zusammenbruchs unterzeichnen und proletarische Schlüsse daraus ziehen. Arm in Arm propagieren Schleicher, Hitler und Höstermann den faschistischen Arbeitsdienst, und Nazi-Feder und ADGB-Tarnow predigen die gleiche Inflation. Nach wie vor versuchen die Wels und Leipart, jeden Streik zu unterbinden.

Nur die kommunistische Partei und die RGO. organisieren den Widerstand und die Gegenoffensive der Arbeiterklasse. Sie rufen zur roten Einheitsfront aller Arbeiter ohne Unterschied. Sie machen mobil zur antifaschistischen Aktion. Sie zeigen die Aufgabe, die Ernst Thälmann am Sonntag in der RGO-Konferenz umriß:

„Der außerparlamentarische Massenkampf der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, die Teilkämpfe und Teilstreiks und der politische Massenkampf sind die entscheidenden Waffen gegen die faschistische Reaktion und ihre arbeitgeberfeindlichen Maßnahmen. Die faschistische Offensive der Bourgeoisie muß zur stärksten Herausforderung für den Einzel- und Teilkämpfe durch den verstärkten Kurs auf Entfaltung politischer Streiks und Massenkämpfe beantwortet werden.“

So gebietet es die Situation. So heißt es, die revolutionäre Wahlkampagne zu entfalten. So gilt es zu handeln.

## Klassenurteil gegen Siegnitzer Arbeiter

Verbotshetze gegen die SPD. — Arbeiter, verteidigt eure Partei!

Leipzig, 7. Juni. Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts fällt am Dienstag ein ungeheures Klassenurteil gegen den Arbeiter Otto Pfaß aus Siegnitz. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Vergehen gegen das Republikstufengesetz (Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung), wegen Vergehens gegen das Kriegesgeräte- und Schutzwaffengesetz, sowie gegen die Verordnung zur Rückführung von Waffen und Munition wurde er zu 1 Jahr vier Monaten Festung verurteilt. Der Mitangeklagte Jänike, ebenfalls aus Siegnitz, wurde wegen Beihilfe zum Vergehen gegen das Kriegesgerätegesetz zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Unterjuchungshaft abgebußt sind.

Mit diesem Klassenurteil verknüpft die Presse eine wilde Hetze gegen die kommunistische Partei. So wird die freche Behauptung aufgestellt, daß der Arbeiter Pfaß „Waffen für die SPD. erworben“ haben und „daß ein Waffenlager zur Verfügung der SPD.“ gehalten worden sei. Der Zweck dieser Hetze ist offensichtlich. Man will das notwendige Material zum offiziellen Verbot der SPD. herbeischaffen. Schon werden Pläne der Reichsregierung über ein Verbot der antifaschistischen Organisation und des kommunistischen Jugendverbandes bekannt. Das ist ein Anschlag gegen die gesamte Arbeiterklasse. Ein Massenprotest muß gegen diese Verbotspläne in Betrieb und Stempelstelle, in Stadt und Land einsetzen. Arbeiter verteidigt eure Partei.

## Antifaschistische Demonstrationen in Berlin

Berlin, 7. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Vor dem Rathaus in Panikow sammelten sich gestern etwa 200 Erwerbslose, die erregt gegen die Schließung der Stempelstelle in Buchholz protestierten und die Erhöhung ihrer Unterstützung forderten. Die alarmierte Polizei ging gegen die Demonstranten mit Gummiknüppeln vor.

Berlin, 7. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Gestern abend demonstrierten Arbeiter des Berliner Ostens gegen die ständigen Nazi-provokationen. Etwa 500 zogen unter Riederrufen gegen die Wobbanditen durch die kleine Andreasstraße. Vor dem Nazihof in der Andreasstraße kam es zu Zwischenfällen, wobei einige provozierende Nazis verprügelt wurden. Die Polizei ging mit dem Gummiknüppel und gezogenen Revolvern gegen die Demonstranten vor.

Jeder Werktätige lies 4  
**Verschwörer am Werk!**  
Gen. Krylenko enthüllt die Kriegsprovokationen der Feinde der Sowjet-Union  
16 Seiten  
10 Pf

# Not und revolutionärer Kampf in Polen

Nach offiziellen Angaben waren im Mai in Warschau 41 000 Personen obdachlos. In den Nachtstunden fanden täglich im Durchschnitt 1370 Obdachlose Unterkunft. Diese offiziellen Angaben bleiben stark hinter der Wirklichkeit zurück, da die meisten Arbeitslosen selbst die paar Groschen nicht aufbringen können, um die Schlafstelle im Nachtschlaf zu bezahlen.

In der Provinz ist das Elend noch grauenerregender. Täglich kommt es in vielen Orten zu blutigen Kämpfen, weil die Gemeinden die geringe Arbeitslosenunterstützung nicht einmal auszahlen können.

Gleichzeitig mit dem Anwachsen der Bewegung der Arbeitslosen ist auch ein Anwachsen der Massenaktionen der Betriebsarbeiter in Oberschlesien und im Dombrowaer Gebiet zu verzeichnen.

„Nasz Przegląd“ meldet, daß der bereits mehrere Wochen andauernde Streik der Bielskoer Textilarbeiter gegen eine 30prozentige Lohnsenkung nunmehr alle Betriebe erfaßt hat. Die Streikenden beschloßen trotz der Notlage, in die sie durch die lange Streikdauer gerieten, den Kampf bis zum siegreichen Ende fortzuführen.

In den Reihen der polnischen Bergarbeiter wächst mit jedem Tag die revolutionäre Erregung, die eine Folge der furchtbaren Ausbeutung und der steigenden Arbeitslosigkeit sowie der Brutalität der Unternehmer, die die Löhne nicht auszahlen, ist. Die bürgerliche Zeitung „Polonia“ schreibt, daß die Lage im Dombrowaer Revier und in Oberschlesien einem Vulkan gleicht, der jede Minute ausbrechen kann. Trotz der scheinbaren Ruhe, schreibt das Blatt, befindet sich das Dombrowaer Revier auf einem Vulkan. Die Gärung unter den Arbeitern wächst mit jedem Tag und es ist mit dem Ausbruch von spontanen Streiks der verzweifeltsten Arbeitermassen zu rechnen.

Dasselbe Blatt meldet, daß auf den Modrzejew-Werken in Sosnowice des öfteren Proteststreiks wegen Zurückhaltung der Löhne und wegen Sperrung des Urlaubs ausbrechen. In der Zechen Myslowice verlangten sie unverzügliche Auszahlung der Arbeitslöhne. Am demselben Tag fand eine zweite Demonstration derselben Zechen statt. Die Arbeiter verlangten die Zurücknahme der schon beschlossenen Entlassung von 700 Arbeitern. Die erregten Arbeiter verprügelten einen faschistischen Agitator und einen Ingenieur. In der Zechen „Wujek“ fand eine Protestkundgebung der 1500 Arbeiter statt, in der sie gegen den Angriff auf die sozialen Errungenschaften der polnischen Arbeiterklasse und gegen die neue Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung durch die faschistische Regierung, entschieden Protest erheben. Es wurde in dieser Kundgebung beschlossen, die Gewährung von Unterstützung für Kurzarbeiter sowie kostenlose Miete für die Arbeitslosen zu fordern.

## Weißgardisten-Versammlung durch Arbeiterdemonstrationen geiprengt

Prag, 6. Juni. Auf dem von der Militärorganisation der russischen Weißgardisten in Prag veranstalteten Abend russischer Lieder, der unter dem Protektorat des Innenministers Slawik stattfand, kam es zu Demonstrationen gegen die Weißgardisten. Vor dem Gebäude, wo die Veranstaltung stattfand, demonstrierten Arbeiter mit den Rufen: „Hinaus mit den Weißgardisten, es lebe die Sowjetunion“. Ein herbeigerufenenes Überfallkommando der Polizei hieb die Demonstranten auseinander. Aber auch im Saal kam es zu Kundgebungen. Kaum hatte der Innenminister Slawik die Veranstaltung eröffnet, wurden Ausrufe im Saal laut und an mehreren Stellen des Saales explodierten Knallfrösche. Vier Jungarbeiter wurden verhaftet.

## Neue Diktaturregierung in Rumänien

Bukarest, 6. Juni. Nach dem Scheitern Titulescus hat der Nationalgarant Bajda-Bojvod ein Kabinet gebildet, das noch durch Titulescu als Außenminister ergänzt werden soll.

# 10000 Kriegsinvaliden auf dem Marsch

## Breite Einheitsfront-Massenbewegung proletarischer Kriegsteilnehmer in Amerika für Einlösung der Unterstützungs-Versprechungen und gegen den drohenden neuen Weltkrieg

Vom Internationalen Komitee der Opfer des Krieges und der Arbeit erfahren wir:

Der Marsch der Kriegsveteranen nach Washington, der in diesen Tagen ganz Amerika in Spannung hält und die herrschende Klasse durch seine Wucht und Eindringlichkeit in Angst und Schrecken versetzt hat, ist vom revolutionären Verband proletarischer ehemaliger Frontkämpfer, einer Sektion der Internationale der Opfer des Krieges und der Arbeit, organisiert.

Die amerikanische Bourgeoisie hatte ähnlich wie in allen anderen Ländern den proletarischen Teilnehmern des Weltkrieges 1914/18 den „Dank des Vaterlandes“ versprochen. Die Schuldscheine auf Renten, die sie bei Beendigung des Krieges ausgab, wurden jedoch bisher nur zur Hälfte eingelöst. Die Versprechungen, bei Arbeitslosigkeit für die Kriegsteilnehmer zu sorgen, wurden nicht erfüllt. Dagegen gibt die amerikanische Regierung Milliarden von Dollar für die Vorbereitung neuer Kriege und einen Betrag von vielen Millionen Dollar, um die Schuldscheinforderungen der Kriegsinvaliden ausmachen, für den Rentenausgleich, der die Inflation in Amerika einleitet.

Die Organisation der proletarischen ehemaligen Frontkämpfer hat im vergangenen Monat den Marsch der Kriegsveteranen nach Washington zum amerikanischen Parlament zur Vertretung ihrer Forderungen eingeleitet. Die kommunistische Partei unterstützte diese Bewegung durch einen Aufruf, in dem sie zur Solidarität mit der Regierung und den drohenden Krieg

gerichteten Bewegung der Kriegsveteranen aufrief. In allen Staaten gingen Listen herum, auf denen die Arbeiter und Werktätigen ihre Solidarität mit dem Marsch nach Washington vor das amerikanische Parlament erklärten. In allen Staaten wurde die Wahl von Einheitsfrontkomitees vorgenommen, in denen auch Mitglieder der nationalistischen amerikanischen Legion und anderer bürgerlicher Frontkämpfervereinigungen sitzen. Diese Ausschüsse wählten auf breiten Massenversammlungen starke Delegationen nach Washington, um die Forderungen der Kriegsveteranen: Auszahlung der Renten, Arbeitslosenunterstützung, Einstellung der Kriegsrüstungen, Verteidigung der Sowjetunion, der Regierung zu überreichen.

Es sind gegenwärtig etwa 10 000 Kriegsinvaliden in großen und kleinen Gruppen unterwegs. In allen Städten fordern sie unentgeltliche Verpflegung und Unterkunft sowie Schnellzüge zur Weiterbeförderung.

In Cleveland besetzten 900 Invaliden den Bahnhof, als ihnen die unentgeltliche Beförderung verweigert wurde. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. In Pittsburg wurden den Demonstranten Züge zur Verfügung gestellt. In Denver besetzten die Kriegsinvaliden Frachtzüge und fuhrten auf ihnen nach Washington.

In Washington sind bereits viele tausend Kriegsinvaliden eingetroffen. Sie haben sich Unterkunft und Verpflegung erzwingen und sehen allen Aufforderungen, wieder umzukehren, Widerstand entgegen.

## Hitler will Eroberungskrieg gegen Sowjetunion

„Gegenüber Rußland ist er offen und aufrichtig, die gegenwärtige Verbindung hält er, wie viele andere zum Schweigen verdammt Menschen, für unsittlich: er verkündet ganz offen, daß er eine bestimmte Eroberungspolitik für notwendig hält und weist ganz offen auf Rußland hin.“

(Aus einem im „Völkischen Beobachter“ vom 7. Juni mit Beifall abgedruckten Aufsatz des Führers der ungarischen Katholiken, Kultus- und Wohlfahrtsministers a. D., Prälat Dr. Ernst.)

## Unsere Antwort: Antifaschistische Aktion gegen die faschistischen Kriegsverbrecher!

## Vor Bergarbeitergeneralstreik in Neuseeland

Wellington (Neuseeland), 7. Juni. Die Kohlenarbeiter Neuseelands haben beschlossen, als Protest gegen die von den Zechenbesitzern vorgeschlagenen neuen Arbeitsbedingungen in den Generalstreik zu treten. Fast 6000 Bergarbeiter in 150 Bergwerken werden die Arbeit einstellen.

London, 7. Juni. Die Abstimmung in der Baumwollindustrie von Lancashire über den Lohnraub der Unternehmer ergab 55 000 gegen 53 000 Stimmen für Streik.

Die Arbeitslosenziffer in England belief sich am 23. Mai auf 2 741 306; das bedeutet seit dem 25. April eine Erhöhung um 59 124 Arbeitslose.

## Japanische Bauern fordern Steuerstreichung

Tokio, 7. Juni. Die tiefgehende Agrarkrise führt zu Massenbewegungen unter den japanischen Bauern. Gestern erhielt im Parlament von Tokio eine Massenabordnung, gewählt von 120 000 Bauern Nordchinas, und verlangte sofortige Steuerstreichung, Moratorium auf Schulden der Bauern an die Wucherer und ähnliche Maßnahmen. Die Regierung ließ das Parlament mit berittener Polizei vor den Bauern absperrten.

Der Chef des polnischen Generalstabes, General Gonsztorowski, hat sich mit mehreren hohen Offizieren zu mehrtägigen Verhandlungen nach Rumänien begeben.

## Frauen führen Krieg

von Emma P. Donenberg

Copyright by „Rote Fabrik“ Berlin, 1932

48. Fortsetzung.

Sie stand hastig auf, ließ ihr Gepäck in der Eile stehen und ging hinaus auf den Bahnsteig, entschlossen, mit dem nächsten Zug weiterzufahren.

Hier war alles ruhig. Regelmäßige Schritte der Patrouillen schallten durch die Halle. Luise stand plötzlich vor einem Haufen aufgeschichteter Säbel und Karabiner. Warum lagen die hier draußen? Warum lagen die überhaupt hier? Warum hatte man es so eilig mit der Entwaffnung der Soldaten? Aus dem Tunnel, die Treppe herauf kamen zwei Soldaten, deren weiße Armbinde verriet, daß sie zum Sicherheitsdienst des Arbeiter- und Soldatenrates gehörten. Sie musterten Luise von der Seite, sagten aber nichts, sondern griffen nach den Waffen um sie wegzunehmen.

„Warum habt ihr alles entwaffnet?“ fragte Luise.

„Um die Ruhe und Ordnung zu sichern,“ war die lakonische Antwort.

„Unbesonnen, radikale Elemente, die da glauben, bei einer Revolution muß auch Blut fließen, gibt es leider genug.“

Luise war von dieser Antwort überrascht.

„Ich kann mir nicht denken,“ erwiderte sie, „daß eine proletarische Revolution ohne Anwendung von Waffengewalt durch die Arbeiter und Soldaten durchgeführt werden kann.“

„Warum nicht?“ fragte der Soldat höhnisch.

„Weil die Bourgeoisie, die herrschende Klasse ihre bisherige Machtposition, ihren Besitz an den Produktionsmitteln und damit ihr Profit- und Ausbeutungsrecht nicht freiwillig aufgeben wird.“

Der Soldat lachte überlegen. „Haha, woher haben Sie denn diese Weisheiten aufgeschmarrt? Ich sage Ihnen, in dieser großen deutschen Revolution wird mit wenigen Ausnahmen, die man

leider nicht verhindern kann, kein Blut fließen, denn die Vernunft wird siegen; nicht nur bei uns, sondern auch bei denen, die bisher die Gewalt in Händen hatten. Sie werden und müssen beiseite treten. Es wird ihnen nicht gelingen, uns die Nacht zu verjähren.“

„Und sie werden uns freiwillig die Produktionsmittel übergeben?“ fragte Luise weiter.

„Was heißt hier Produktionsmittel?“ sagte der Soldat. „Das Eigentum der Bürger muß natürlich unangetastet, im Gegenteil, es muß geschützt werden.“

Die Soldaten packten ihre Gewehre, ließen Luise stehen und ließen die Treppe hinunter. Luise starrte ihnen nach. So also wurde die Revolution gemacht! Die Sozialpatrioten hatten die Führung an sich gerissen.

Sie lief den Perron entlang. Sie kam noch an mehreren Häufen geschichteter Säbel und Karabiner vorbei. Und was glitzerte dort im Schein der Bahnhofsampe? Da lagen eine Menge Offiziersdegen, und abgetriebene Offiziersabzeichen. Da lagen die prunkvollen Epauletten eines Generalmajors. Sie hob sie auf. Die Knöpfe aus Silber und Gold glänzten, glitzerten in ihrer Hand. Sie lachte. Wut hat der Mann gehabt, sie bisher zu tragen. Das wäre dem Major aus Pilsnoe nicht passiert. Sie warf das Stück zurück auf den Haufen und rief einen Soldaten an, der an der anderen Seite die Treppe heraufkam.

„Hallo, Kamerad, wann fährt der nächste Zug nach Köln?“

„Ich glaube, in einer halben Stunde.“

„Ich muß mitfahren!“

„Muß? Kein Mensch muß müssen!“

Luise lachte. „Doch, doch, vor ein paar Stunden bin ich von draußen gekommen. Ich bin politisch und gewerkschaftlich organisiert. Ich bin Funktionär der Arbeiterjugend, ich fühle mich verpflichtet, jetzt, wo wir alle unsere Kräfte zusammenreißten müssen, mitzuarbeiten, daß die Revolution gesichert wird.“

Der Soldat musterte sie freundlich von oben bis unten. „Na, dann komm mal mit“, sagte er.

Ein paar Fragen im Büro des Soldatenrates und sie erhielt Fahrterlaubnis für den nächsten Tag.

Nur fünfzehn Minuten hatte der Zug Aufenthalt. Nur wenige stiegen aus, sie wollten alle weiter nach Köln, Düsseldorf, und ins Ruhrgebiet. Aber keine und Gepäckstücke stieg Luise durch den Gang und befanderte mit ihrem Koffer. Schließlich

blieb sie stehen. Nach einem Platz zu suchen, schien zwecklos. Die Soldaten im anderen Wagen begannen zu singen, als der Zug sich in Bewegung setzte. Schließlich sangen sie alle, ein Lied nach dem andern. Während einer kleinen Pause entwickelte einer seine Zukunftspläne.

„Wenn ich jetzt nach Hause komme, zu meiner Frau und den Kindern,“ sagte er verträumt, „dann wird alles wieder gut. Aber so schufte wie früher, zwölf Stunden und länger, daß man des Abends todmüde ist und wie ein Sack umfällt, das kommt nicht mehr in Frage. Wozu lebt man sonst eigentlich? Nur um zu schufte? Als ich draußen im Schützengraben lag, da habe ich manchmal gedacht, wenn du jetzt krepierst, dann ist alles vorbei. Nichts hast du vom Leben gehabt, ausgebeutet bist du worden, gerade noch gut zum Kanonensfutter. Ist das der Sinn des Lebens? Man muß doch irgendein Ziel haben! Man muß doch für irgend etwas arbeiten! Es muß einem doch mal besser gehen.“

„Ja, recht hast du schon, Kamerad, ein Ziel muß man schon haben, für das man arbeitet und kämpft, für das es sich lohnt, sich durchzubissen. Wir wollen ja schließlich alle, daß es uns mal besser gehen soll, daß wir nicht mehr zwölf Stunden schufte müssen, und dabei noch nicht einmal satt zu essen haben. Das ist natürlich kein Leben, frühmorgens um sechs ein in die Fabrik, abends um sechs raus und dann zu Hause in den vier Wänden hocken, das bishigen Pressen herunterhängen und dann pennen — und dann jeden Tag dasselbe — nee, das ist kein Leben! Aber wenn wir alle das Ziel haben, daß es uns besser gehen soll, dann müssen wir eben auch alle an einen Strang ziehen! Jetzt haben wir ja Gelegenheit, jetzt, wo die soziale Republik errichtet wird und wo jeder Deutsche sein Geschick selbst in die Hand nehmen kann, wie es in den Zeitungen heißt.“

„Ja, ja, jetzt heißt es: freie Bahn dem Tüchtigen!“ ertönte eine helle Stimme von oben aus dem Gepäckregal.

„Nur nicht die Schnauze so voll nehmen“, setzte einer den Dämpfer drauf, „erst abwarten, dann Tee trinken!“

Luise mischte sich in das Gespräch. Sie beugte sich vor, sah die Soldaten an und sagte:

„Ihr wollt alle, daß es besser wird, Ihr wollt nicht nur Frieden, sondern Ihr wollt aufhören, Arbeitslosen zu sein, willfährige Ausbeutungsobjekte des Kapitalismus.“

(Fortsetzung folgt)

